

# FEMINISTISCHE KLIMA- UND ENERGIEAUßENPOLITIK

STELLUNGNAHME DER AG GENAU\*T ZU DEN LEITILINIEN DES  
AUSWÄRTIGEN AMTES

---

## Autor\*innen

Andrea Amri-Henkel  
Tina Beuchelt  
Annika Bode  
Janina Dannenberg  
Katharina Kapitza  
Christine Löw  
Nina Wüstemann



Bild: open AI

<https://www.fg-gender.de/arbeitsgruppen/genau-t/>

## 1 Einleitung

Nachhaltige Entwicklung und sozial-ökologische Transformationen sind untrennbar mit der Transformation von Geschlechterverhältnissen verbunden. Ansätze feministischer Außenpolitik erkennen diesen Zusammenhang an und heben hervor, dass Geschlechtergerechtigkeit und die Überwindung internationaler Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse eine wichtige Voraussetzung für die Sicherstellung von Frieden darstellen (vgl. Fröhlich und Hauschild 2023). Die Leitlinien des Auswärtigen Amtes zu feministischer Außenpolitik, die im März 2023 veröffentlicht wurden, stellen mithin

Wissenschaftlerinnen aus den Nachhaltigkeitswissenschaften, der Energiewende- und Mobilitätsforschung sowie der Politik-, Raum- und Agrarwissenschaften setzen Impulse für die feministische Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in umwelt- und nachhaltigkeitsbezogenen Kontexten.

einen ersten wichtigen Schritt dar, außenpolitisches Handeln so zu gestalten, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten nicht nur erkannt, sondern auch überwunden werden können. Dennoch bleibt es notwendig, die Leitlinien kritisch in den Blick zu nehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben hierzu bereits ausführliche Stellungnahmen vorgelegt (vgl. Gunda-Werner-Institut et al. 2023). Als Mitglieder der Arbeitsgruppe Geschlechterverhältnisse, Nachhaltigkeit, Umwelt und Transformation (GENAU\*T) in der Fachgesellschaft Geschlechterstudien schließen wir daran an und stellen insbesondere Umwelt- und nachhaltigkeitsbezogene Fragestellungen in den Mittelpunkt.

Die AG GENAU\*T befasst sich mit den Zusammenhängen von Natur- und Geschlechterverhältnissen und zielt auf die Integration von intersektionalen Geschlechterperspektiven in ausgewählte Themenfelder des Nachhaltigkeitsdiskurses. In dieser Stellungnahme verdeutlichen wir als Wissenschaftlerinnen aus den Nachhaltigkeitswissenschaften, der Energiewende- und Mobilitätsforschung sowie den Politik-, Raum- und Agrarwissenschaften, wie die Leitlinien und Konzepte feministischer Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in umwelt- und nachhaltigkeitsbezogenen Kontexten, insbesondere mit Blick auf die Energie- und Klimaaußenpolitik, qualitativ weiterentwickelt werden sollten.

Den größten Handlungsbedarf sehen wir zum einen darin, dass der Blick über die differenzorientierte Berücksichtigung der Geschlechter von Handelnden und Betroffenen hinausgehen sollte. Stattdessen sollten die strukturellen Ursachen von intersektionalen Ungleichheitsverhältnissen bearbeitet werden. Zum anderen wird gerade in umwelt- und energiepolitischen Kontexten deutlich, dass feministische Politik nicht nur den Verantwortungsbereich des Außenministeriums und des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) betrifft, sondern insbesondere auch das Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Feministische Außenpolitik muss mithin ressortübergreifend in enger Zusammenarbeit mit anderen Ministerien gestaltet werden.

Im Folgenden nehmen wir exemplarisch Leitlinie 4 zur „Klima- und Energieaußenpolitik“ der Leitlinien der feministischen Außenpolitik des Auswärtigen Amtes in den Blick und nutzen intersektionale Geschlechterperspektiven, um Leerstellen aufzuzeigen und Potentiale

feministischer Außenpolitik weiter zu schärfen. Im Anschluss verdeutlichen wir anhand der Themenbereiche Wasserstoff und Energiepartnerschaften die Bedeutung feministischer Politik. In einem Fazit geben wir abschließend Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Leitlinien.

## 2 Klima- und Energieaußenpolitik – ein kritischer Blick auf Leitlinie 4

Leitlinie 4 ist – in ähnlichem Maße wie das gesamte Dokument – stark differenztheoretisch orientiert. Das heißt, der Fokus liegt darauf, individuelle und strukturelle Ungleichheiten und Vulnerabilitäten in der Klimakrise anzuerkennen und die spezifischen Auswirkungen der Klimakrise auf Frauen\*<sup>1</sup> und marginalisierte Gruppen durch geeignete Maßnahmen der Klima- und Energieaußenpolitik auszugleichen. Dieser gendersensible Ansatz ist lohnend und notwendig, da Klimakrise und Energiewende auch in der Politik oftmals und noch immer als „geschlechtsneutral“ verstanden werden. Eine Sensibilisierung für die unterschiedlichen Betroffenheiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen durch die Klimakrise selbst sowie in Bezug auf die Auswirkungen von Anpassungsmaßnahmen ist deshalb zwingend notwendig.

Dennoch bleibt die Leitlinie hier weit hinter dem Potential feministischer Analysen zurück: Um den benannten Ungleichheiten im Sinne einer gendertransformativen Klima- und Energieaußenpolitik entgegenzuwirken, ist es notwendig, die strukturellen Ursachen unterschiedlicher Betroffenheiten ins Zentrum zu rücken. Dazu zählen zum einen ökonomische Ungleichheiten, die von der gesellschaftlichen und marktökonomischen Abwertung oftmals

Leitlinie 4 erkennt geschlechtsspezifische Ungleichheiten in Bezug auf Vulnerabilitäten in der Klimakrise und Beteiligung an der Gestaltung geeigneter Maßnahmen an, nimmt aber deren strukturelle Ursachen nicht in den Blick.

geschlechtsspezifisch zugewiesener und ungleich verteilter Sorge- und Reproduktionsarbeit bis hin zur strukturell bedingten ungleichen Verteilung von Vermögen reichen. Zum anderen werden Ungleichheiten durch politische Machtverhältnisse (re-)produziert, etwa durch fehlende Repräsentation und Beteiligung gesellschaftlich marginalisierter Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen. Hierdurch werden bspw. Frauen\*, Black, Indigenous and People of Color (BIPOC), Alleinerziehenden, älteren Personen oder Menschen mit geringem Einkommen gesellschaftlich Positionen und Ressourcen zugewiesen, die ihre Vulnerabilität gegenüber Auswirkungen der Klimakrise oder Energiearmut erhöhen. Diese ökonomischen und politischen Ursachen struktureller (geschlechtsspezifischer) Machtverhältnisse und Ungleichheiten werden in den Leitlinien feministischer Außenpolitik bisher nicht ausreichend thematisiert.

<sup>1</sup> Im vorliegenden Beitrag verstehen wir Geschlecht nicht als binäre Identitätskategorie im Sinne der Zweigeschlechtlichkeit von Frauen und Männern, sondern als gesellschaftliche Konstruktion, die diverse Geschlechtsidentitäten umfassen kann. Um dies deutlich zu machen, verwenden wir die Begriffe Frauen\* bzw. Mädchen\* (mit Sternchen).

## Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Leitlinie 4 setzt sich zum Ziel, den Ausstieg aus fossilen Energieträgern und den damit verbundenen Umbau fossiler Wirtschaftsmodelle als Chance zu nutzen. Um den Umbau fossiler Wirtschaftsmodelle feministisch zu gestalten, muss das vorherrschende techno-ökonomische Verständnis der Energiewende jedoch wesentlich transformiert und Fragen der sozial-ökologischen Gerechtigkeit umfassend berücksichtigt werden (von der Identifikation von Rohstoffvorkommen bis hin zur Stilllegung von Anlagen) (vgl. Amri-Henkel 2021). Am Beispiel von Wasserstoff wird diese Problemstellung feministischer Klima- und Energieaußenpolitik besonders deutlich: Wasserstoff wird in aktuellen politischen Debatten häufig als Chance für eine nachhaltige und wirtschaftliche Entwicklung in Ländern des Globalen Südens dargestellt. Hier besteht jedoch das Risiko einer Reproduktion (neo-)kolonialer Machtverhältnisse, bspw. durch Narrative einer kostengünstigen Produktion oder scheinbar ungenutzter Flächen zur Energieproduktion, wie sie durch die Fotos vermeintlich leerer Steppen im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten „H2 Atlas-Afrika“ vermittelt werden (vgl. Kalt und Tunn 2022). Diese Darstellungen knüpfen an historische Narrative kolonialer Ausbeutung an, in denen ganze Landstriche als "unbesiedelt" oder "ungenutzt" betrachtet wurden, um die Interessen der Kolonialmächte durchzusetzen (Keenan 2020). Tatsächlich sind diese Darstellungen falsch: Die Flächen werden bereits von der Bevölkerung auf vielfältige Weise genutzt und/oder erfüllen ökologische oder kulturelle Funktionen. Die Produktion von grünem Wasserstoff hat einen erheblichen Energiebedarf und nimmt zusätzliche Flächen für die Energiewende in Anspruch (SRU 2021; Thiele et al. 2022). Die Problematik ist somit eine ähnliche wie schon bei den Debatten rund um Biomasse- und Bioenergienutzung, vor allem in Anbetracht knapper Landflächen, Zielkonflikten bzgl. Nutzung und Verteilung, insbesondere hinsichtlich Verteilungsgerechtigkeit zwischen Globalem Norden und Süden (Beuchelt und Nassl 2019).

Bei Energieimporten und --partnerschaften dürfen bestehende Ungleichheiten nicht reproduziert oder gar verstärkt werden, sondern müssen in ihrer globalen und historischen Bedeutung erkannt und abgebaut bzw. überwunden werden.

Insbesondere vor dem Hintergrund, dass das BMWK laut aktueller Wasserstoffstrategie plant, einen Großteil des prognostizierten Wasserstoffbedarfs aus dem Ausland zu importieren, muss eine feministische Energieaußenpolitik darauf zielen zu vermeiden, dass Wasserstoffimporte zu Ausbeutung und Landraub oder zur Verstärkung und Reproduktion von Energiearmut in den Produktionsländern und Ungerechtigkeiten im Globalen Süden führen können. Studien zu deutschen Projekten in Namibia und Marokko zeigen, dass im Kontext von Wasserstoffprojekten Ungerechtigkeiten auf verschiedenen Ebenen vertieft werden: Bei der Generierung von Wissen, das für die Konzeption und Umsetzung von Projekten notwendig ist, werden Frauen\* und benachteiligte Gruppen aus dem Globalen Süden in der Regel nicht einbezogen und hinsichtlich Verteilungsgerechtigkeit zeigen sich keine positiven Auswirkungen auf lokale Gruppen und Kollektive (Müller et al. 2022). Kolonialgeschichte wird dabei häufig ausgeblendet. Beispielsweise besteht vor dem

Hintergrund des Völkermords durch deutsche Truppen an den Ovaherero und Nama zu Beginn des 20. Jahrhunderts im heutigen Namibia auch in Bezug auf Energiepartnerschaften eine besondere Verantwortung zur restaurativen Gerechtigkeit. Dies beinhaltet die Übergabe von Technologie, die Sicherung von lokalem Eigentum und von finanziellen und materiellen Vorteilen unter Berücksichtigung von Gerechtigkeitsaspekten (Müller et al. 2022).

Der Aufbau grüner Energiepartnerschaften im Bereich Wasserstoff muss zudem aktuell existierende Energieungerechtigkeiten bei fossilen Energieträgern reduzieren. So importiert Deutschland Kohle aus dem Partnerland Kolumbien, bei deren Produktion z. B. in der Mine El Cerrejón Menschenrechte und Umweltschutz missachtet werden (Weber und Cabras 2021). Grundsätzlich muss sich eine feministische Energieaußenpolitik dafür einsetzen, dass Energiepartnerschaften und Energieimporte nach Deutschland die Klimaschutzstrategien anderer Länder sowie Wege selbstbestimmter Entwicklung, Souveränität und soziale Gerechtigkeit stärken und nicht schwächen. Eine nachhaltige, feministische Energiepolitik wird zudem nicht ohne eine kritische Überprüfung ihrer Partnerschaften auskommen. Energiepartnerschaften mit Ländern, in denen die Rechte von Frauen\*, LSBTIQ\* und/oder BIPOC systematisch verletzt werden (wie z. B. in Qatar), schwächen die Umsetzung der Ziele feministischer Außenpolitik.

### Ansätze und Projekte

Auch die in Leitlinie 4 genannten *Ansätze und Projekte* weisen Leerstellen auf. Als Zielstellung wird erstens die differenztheoretische Erfassung von Ungleichheiten sowie die Stärkung von Maßnahmen zur Gleichstellung benannt. So sollen z. B. die Auswirkungen von Projekten auf Frauen\* und marginalisierte Gruppen konsequent geprüft werden. Wir weisen kritisch darauf hin, dass die Prüfung spezifischer Auswirkungen auf bestimmte Gruppen keineswegs banal ist: Es gilt festzustellen, wer zu den marginalisierten Gruppen zählt, wie und durch wen diese Gruppen identifiziert und definiert werden und inwiefern durch diese Zuweisungen Marginalisierungen (re)produziert werden. So darf die Ansprache einer höheren Vulnerabilität von Frauen\* und marginalisierten Gruppen bei konkreten Fällen von extremen Wetterereignissen z. B. nicht zu einer isolierten Reduzierung auf einen Opferstatus führen (Bauriedl und Hackfort 2015). Stattdessen muss feministische Außenpolitik die Handlungs- und Widerstandsfähigkeit sowie den politischen Aktivismus von Frauen\* stärken und gleichzeitig die Ursachen für gesellschaftliche Benachteiligungen in den Blick nehmen. Darüber hinaus besteht bei der Prüfung der Auswirkung von Projekten des Auswärtigen Amtes auf spezifische Gruppen die Gefahr, dass bestimmte Marginalisierungen nicht erkannt und adressiert werden und entsprechend unsichtbar bleiben. Zum Beispiel kann ein binäres Verständnis von Geschlecht dazu führen, dass nicht binäre Personen und Subjektivierungen, bspw. Trans-, Inter-, Queerpersonen, ausgeschlossen werden, obwohl diese entsprechend Leitlinie 3 explizit unterstützt werden sollen.

Bereits bei der Entwicklung von Ansätzen und Projekten muss darauf geachtet werden, dass durch die Benennung von Rollen und Gruppenzugehörigkeiten keine Ungleichheiten reproduziert werden, die für die Akteur\*innen einengend wirken.

Feministische Außenpolitik wird in ihrer Bedeutung geschwächt, wenn sie keine feministischen Konzepte zu Flucht und Migration, auch nach Europa und Deutschland, entwickelt und umsetzt.

Eines der in Leitlinie 4 genannten Beispielprojekte muss vor dem beschriebenen Hintergrund besonders kritisch eingeordnet werden: Der Ansatz, Solaranlagen statt Dieselgeneratoren in Geflüchtetenlagern einzusetzen, mag zwar zur punktuellen Emissionsverringerung führen, jedoch keinesfalls zu einer Stärkung von Ressourcen, Rechten und der Repräsentation Geflüchteter.

Darüber hinaus kritisieren wir, dass viele Vorhaben zu schwach formuliert sind und sich damit ihrer eigenen politischen Schlagkraft berauben: so wird bspw. zum Khartum-Prozess der EU festgehalten, dass den Schutzinteressen von Frauen\* und Mädchen\* ein „besondere[r] Raum“ gegeben und dass „Beiträge von Frauen eine zentrale Rolle spielen“ sollen. Dies bleibt weit hinter den Ansprüchen und Zielen feministischer Außenpolitik zurück. Das Auswärtige Amt sollte sich zum einen dafür einsetzen, dass intersektionale und dekoloniale Perspektiven explizit auf der Agenda internationaler Verhandlungen stehen. Zum anderen steht der Khartumprozess für eine Militarisierung und Auslagerung von Grenzschutz (Hirt 2017). Die Hochrüstung von Grenzschutzmilizen kann ihrerseits bestehende Konflikte beeinflussen (Debiel et al. 2019), die wiederum gewaltvolle Auswirkungen auf Mädchen\* und Frauen\* haben. Von feministischer Außenpolitik erwarten wir, das Thema Flucht und Migration insgesamt stärker zu adressieren und sich u.a. für sichere Fluchtwege und die Anerkennung genderspezifischer Asylgründe (insbesondere das kollektive Vorenthalten von Menschenrechten) einzusetzen. Wir schließen uns mithin der Stellungnahme eines breiten Bündnisses von NGOs aus dem Juli 2023 an, das darauf hinweist, dass eine Leitlinie zu Migration, Flucht und Grenzpolitik fehlt (Gunda-Werner-Institut et al. 2023). Nicht zuletzt sind es bspw. deutsche Waffen- und Militärexporte, ungerechte Handelsverträge und das Profitstreben transnationaler Konzerne (CFFP 2020; Elias und Roberts 2018; Runyan und Peterson 2014; Mohanty 2003), die mit rassifiziert-sexistischen Niedriglohnsektoren, gesundheitsschädlichen Tätigkeiten sowie ausbeuterischen Geschlechterverhältnissen in grünem Extraktivismus (Svampa 2020a; Svampa 2020b; Sempértegui 2021; WoMin 2020) in Verbindung stehen und so zur Ausbeutung und kapitalistischen Aneignung von Rohstoffen, Natureigenschaften und Arbeit im globalen Süden führen. Zudem gehört Deutschland zu den Staaten, die historisch für einen Großteil der bisherigen Emissionen verantwortlich sind und trägt damit in der Klimakrise eine besondere Verantwortung, die beim Schutz von Umwelt- und Klimaaktivist\*innen, Klimamigrant\*innen und -vertriebenen zum Tragen kommen muss (Gunda-Werner-Institut et al. 2023).

### Feministische Klima- und Energieaußenpolitik gestalten

Die Nutzung fossiler Energien ist eng mit gewaltvollen, patriarchalen und kolonialen Strukturen verwoben, die sich gegenseitig stützen.

Ziel einer feministischen Klima- und Energieaußenpolitik muss die nachhaltige, gerechte und ressourcenschonende Gestaltung der Energiewende und Klimaanpassung sein (vgl. Bell et al. 2020). Um dies zu erreichen, ist es notwendig, intersektionale Geschlechterperspektiven

anzuwenden. Bspw. muss mit Blick auf die Gestaltung feministischer Klima- und



Energieaußenpolitik klarer herausgearbeitet werden, wie patriarchale und gewaltvolle Strukturen mit der vergeschlechtlichten Nutzung fossiler Energien verwoben sind: das fossile Energiesystem spielt historisch eine wichtige Rolle beim Aufrechterhalten *weißer* patriarchaler Herrschaft (vgl. Daggett 2018). Hier zeigt sich deutlich, dass die Klimakrise als Krise der Nutzung fossiler Energien gleichzeitig eine Krise kapitalistischer, rassistischer und patriarchaler Geschlechterverhältnisse darstellt, da sie tief in diese Strukturen eingebettet ist. Veränderung sollte also sehr breit ansetzen und unterschiedliche Ungleichheitsverhältnisse adressieren.

Zusätzlich bleibt die Leitlinie blind für Unterschiede in Bezug auf die (historische) Verursachung der Klimakrise, die untrennbar mit historischen und (post-)kolonialen Macht- und Ausbeutungsverhältnissen verbunden ist. Feministische Klimaaußenpolitik steht insbesondere hier entsprechend in der Verantwortung, Ansätze intersektionaler Klimagerechtigkeit in ihre Maßnahmen und Programme zu integrieren. Dafür ist es notwendig, dekoloniale Perspektiven zu stärken. Schwarze, afrodiasporische und indigene Frauen\* konnten bspw. herausarbeiten, dass fossil-kapitalistische Entwicklung, gepaart mit patriarchalem Profitdenken und kolonialer Zerstörung von Ökosystemen, Lebensgrundlagen, Ernährungssouveränität und Gesundheit, sie von politischer Teilhabe, Rechten und Repräsentation ausschließt (Wynter 2003; Frazier 2020). Die Externalisierung sozial-ökologischer Auswirkungen und Folgekosten der Energiewende vom Globalen Norden in den Globalen Süden stellt ein übergreifendes Strukturprinzip dar. Das Prinzip der Externalisierung ist konstituierend in unserem Wirtschaftssystem und bildet die Grundlage für die Ausbeutung von Naturproduktivität und für die fortlaufende Abwertung von feminisierter und migrantisierter Haus- und Sorgearbeit (vgl. Biesecker und von Winterfeld 2014). Feministische Außenpolitik muss mithin darauf zielen, Externalisierungsprozesse und negative Auswirkungen der Energiewende, insbesondere auf den Globalen Süden, zu vermeiden. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass durch Maßnahmen der Klima- und Energieaußenpolitik (ehemalige koloniale) Machtverhältnisse und Ungleichheiten reproduziert werden.

Generell sollte ein Beitrag zur Reduktion von Energiearmut und Stärkung der lokalen Energieversorgung in ländlichen Räumen im Globalen Süden, insbesondere unter Berücksichtigung der Vermeidung bzw. sinnvollen Anpassung an die Klimakrise, im Rahmen der menschenrechtlichen Verantwortung Deutschlands priorisiert werden. Viele Aktivitäten scheinen davon auszugehen, dass Menschen aller Geschlechter an Investitionen im Energiebereich gleichermaßen teilhaben. Wichtig ist es jedoch zu verstehen, dass es historisch gewachsene Unterschiede in

Feministische Außenpolitik muss auch Ungleichheiten in Bezug auf die Verursachung der Klimakrise adressieren. Dafür ist es unerlässlich, dekoloniale Perspektiven zu stärken und die Externalisierung marginalisierter Produktivitäten als ein herrschaftsstabilisierendes Strukturprinzip aufzudecken.

Ansätze zur Verringerung von Energiearmut müssen kontextspezifische Unterschiede in Bezug auf Energiebedarf, Energienutzung und Energiezugang berücksichtigen und die Beseitigung der strukturellen Ursachen daraus resultierender Ungleichheiten adressieren. Die Einführung erneuerbarer Energien stärkt nicht per se Gerechtigkeit.

Energieversorgung in ländlichen Räumen im Globalen Süden, insbesondere unter Berücksichtigung der Vermeidung bzw. sinnvollen Anpassung an die Klimakrise, im Rahmen der menschenrechtlichen Verantwortung Deutschlands priorisiert werden. Viele Aktivitäten scheinen davon auszugehen, dass Menschen aller Geschlechter an Investitionen im Energiebereich gleichermaßen teilhaben. Wichtig ist es jedoch zu verstehen, dass es historisch gewachsene Unterschiede in

Bezug auf Energiebedarf, -nutzung und -zugang gibt. Ein intersektional-feministisches Verständnis ermöglicht es, den verschiedenen Akteur\*innen des Sektors, den Anforderungen der Bevölkerung und insbesondere den Bedarfen marginalisierter Gruppen besser gerecht zu werden. Besondere Aufmerksamkeit ist für den Bereich der Einführung technischer Infrastrukturen erneuerbarer Energien geboten, da sich die Vorstellung, dass erneuerbare Energien per se Demokratie und Gerechtigkeit fördern würden, nicht bewahrheitet hat (vgl. Temper et al. 2020; Bell et al. 2020)

Die beschriebenen Beispiele zeigen, dass feministische Außenpolitik alle außenpolitisch wirkenden Politikbereiche und Ministerien betreffen sollte, um Wirkung zu entfalten. Wir betrachten es als notwendig, dass hierfür ressortspezifische und -übergreifende Kapazitäten in den beteiligten Ministerien geschaffen werden. So sollte das BMWK, das BMZ<sup>2</sup>, das BMUV und das BMBF eng mit dem Auswärtigen Amt zusammenarbeiten.<sup>3</sup> Abschließend weisen wir kritisch darauf hin, dass die innerfeministische Vielstimmigkeit, u. a. fundierte Kritiken schwarzer, antikolonialer, antikapitalistischer Feminismen an einem weißen liberalen bürgerlichen Feminismus, in den Leitlinien nicht benannt wird und stattdessen von *einem* Feminismus gesprochen wird (Mohanty 1988; 2003; 2013; Spivak 1988; 2014; Ruppert 2022; Achilleos-Sarll et al. 2022). Feministische Außenpolitik muss diese Vielstimmigkeit und Auseinandersetzungen innerhalb feministischer Debatten aufnehmen und deutlich definieren, was genau ‚feministisch‘ meint (Thomson 2020), um zu verhindern, dass bestimmte feministische Stimmen an den Rand gedrängt oder neoliberalen, eurozentrischen und militaristischen Agenden vereinnahmt werden (Thompson et al. 2021; Löw 2023; Sauer 2023; Ruppert 2022).

### 3 Fazit

Die Analyse der Leitlinien feministischer Außenpolitik des Auswärtigen Amtes macht deutlich, dass die dort formulierten differenzorientierten und gendersensiblen Perspektiven und Maßnahmen wichtige Ziele verfolgen, aber nicht ausreichen, um Klima- und Energieaußenpolitik integrativ und gendertransformativ zu gestalten.

Zusammenfassend geben wir in Bezug auf Energie- und Klimapolitik folgende Empfehlungen:

- Es muss eine vertiefte dekoloniale, intersektional-feministische Analyse und Gestaltung der Klima- und Energie(außen)politik erfolgen, um die Verflechtungen zwischen Geschlechterverhältnissen, Rassifizierungen, Kapitalismus und Heteronormativität in ihrer Komplexität systematisch zu erfassen und entsprechende transformative Lösungsansätze zu entwickeln. Es genügt dabei nicht,

---

<sup>2</sup> Das BMZ verfügt bereits über eine Strategie für feministische Entwicklungspolitik (BMZ 2023).

<sup>3</sup> Bisher spielen Genderbezüge bspw. im Handeln des BMWK nur eine untergeordnete Rolle: Der Jahresbericht zu Energiepartnerschaften 2022 enthält im Abschnitt zu Gender überwiegend Angaben zur Anzahl von Frauen\* im Energiesektor und zu Maßnahmen, um diese Anzahl zu erhöhen. Die Erhöhung der Anzahl weiblicher Akteure allein wird jedoch nicht zu einer Überwindung von geschlechtsspezifischer Ungleichheit führen. Hierfür sind strukturelle Maßnahmen, die bestehende Machtverhältnisse intersektional in den Blick nehmen, unerlässlich.



Intersektionalität in den Leitlinien, Strategien und Projekten zu benennen. Intersektionale Ungleichheiten müssen hinsichtlich Interessen, Bedarfen und Handlungsoptionen der verschiedenen Akteur\*innen im Umwelt-, Klima- und Energiebereich durchgängig adressiert werden. Dies beinhaltet auch, dass bei der Identifizierung marginalisierter Gruppen die Reproduktion von Marginalisierung vermieden werden muss.

- Wir befürworten eine integrative dekoloniale Perspektive, die nicht nur die Frage nach Verantwortlichkeiten und Ursachen für die globale Klimakrise sowie den deutschen Energieverbrauch stellt, sondern nach Lösungswegen sucht, die vor allem dem Globalen Süden und dort insbesondere Frauen\*, BiPoC, LSBTIQ\* sowie anderen marginalisierten Gruppen nützen (Sultana 2022).
- Strukturelle und historisch gewachsene Ursachen für geschlechtsspezifisch und intersektional ungerechte Verhältnisse müssen thematisiert und in den Beziehungen, Dialogen und Projekten der auswärtig tätigen Ministerien bearbeitet werden, insbesondere die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zwischen Deutschland/Europa und dem Globalen Süden sowie zwischen u. a. verschiedenen Einkommensgruppen innerhalb der Länder. Die Umsetzung einer intersektionalen, transformativen Perspektive beinhaltet auch, dass die am meisten von Energiearmut und Klimaauswirkungen betroffenen Bevölkerungsgruppen in Projekte und Lösungsansätze auf politischer Ebene von der Problemidentifikation bis hin zur Implementierung von Lösungsansätzen und Evaluierung der Maßnahmen eingebunden werden sollten.
- Bei technologischen Innovationen wie dem Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur im Globalen Süden ist es wichtig, die lokalen und nationalen Machtverhältnisse kritisch zu berücksichtigen. Energieinfrastrukturen müssen ermöglichen, dass insbesondere von Energiearmut betroffene Bevölkerungsgruppen Zugang zu günstiger erneuerbarer Energie sowie zu guter und fairer Arbeit erhalten. Auch sollte die lokale Bevölkerung an Planung und Betrieb von Energieanlagen informell, formell und finanziell beteiligt sein. Feministische Energieaußenpolitik muss aktiv vermeiden, dass Wasserstoffimporte zu Ausbeutung und Landraub in den Produktionsländern führen oder (neo-)koloniale Strukturen reproduziert werden.
- Wir empfehlen die Aufstellung eindeutiger Kriterien, Zielvorgaben und Monitoringmechanismen zur Förderung und Überprüfung der Umsetzung feministischer Außenpolitik. Weitere Ministerien wie das BMWK und das BMBF sollten in Kohärenz mit den Leitlinien des Auswärtigen Amtes ebenfalls verbindliche Strategien feministischer Außenpolitik entwickeln und umsetzen.

## Literaturverzeichnis

- Achilleos-Sarll, Columba, Jennifer Thomson, Toni Haastrup, Karoline Färber, Carol Cohn und Paul Kirby (2022): The Past, Present, and Future(s) of Feminist Foreign Policy. *International Studies Review* 25, Nr. 1 (29. Dezember).
- Amri-Henkel, Andrea (2021): *Die Energiewende im Bundestag: ein politisches Transformationsprojekt? eine Diskursanalyse aus feministischer und sozial-ökologischer Perspektive*. Edition Politik Band 106. Bielefeld: Transcript.
- Bauriedl, Sybille und Sarah K. Hackfort (2015): Geschlechtsspezifische Verwundbarkeit. In: *Edition Kulturwissenschaft*, hg. v. Sybille Bauriedl. Bielefeld: Transcript, S. 95–102. .
- Bell, Shannon Elizabeth, Cara Daggett und Christine Labuski (2020): Toward feminist energy systems: Why adding women and solar panels is not enough. *Energy Research & Social Science* 68 (Oktober): 101557.
- Beuchelt, Tina D. und Michael Nassl (2019): Applying a Sustainable Development Lens to Global Biomass Potentials. *Sustainability* 11, Nr. 18 (17. September): 5078.
- Biesecker, Adelheid und Uta von Winterfeld (2014): Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. *Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften*, Nr. 2/2014.
- CFFP [Studie des Centre for Feminist Foreign Policy (CFFP) im Auftrag von Greenpeace] (2020): *Export von Gewalt und Ungleichheit. Die Verbindung von deutschen Waffenexporten und geschlechtsspezifischer Gewalt*. [https://www.greenpeace.de/publikationen/waffenexporte\\_und\\_vnsr\\_1325.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/waffenexporte_und_vnsr_1325.pdf) (Zugriff: 15. August 2023).
- Daggett, Cara (2018): Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. *Millennium: Journal of International Studies* 47, Nr. 1 (September): 25–44.
- Debiel, Tobias, Sarah Hinz, Margret Johannsen, Jannis Saalfeld, Clara Schmitz-Pranghe und Ruth Vollmer (2019): *Friedensgutachten 2019*. Kapitel 2: Flucht und Gewalt / Nachhaltiger Frieden. Bonn International Center for Conversion, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Institut für Entwicklung und Frieden. [https://friedensgutachten.de/user/pages/04.archiv/2019/02.ausgabe/01.Gutachten\\_Gesamt/friedensgutachten\\_2019\\_web.pdf](https://friedensgutachten.de/user/pages/04.archiv/2019/02.ausgabe/01.Gutachten_Gesamt/friedensgutachten_2019_web.pdf) (Zugriff: 11. Dezember 2023).
- Elias, Juanita und Adrienne Roberts, Hrsg. (2018): *Handbook on the International Political Economy of Gender*. Handbooks of research on international political economy. Cheltenham, UK Northampton, MA, USA: Edward Elgar Publishing.
- Frazier, Chelsea Mikael (2020): *Black Feminist Ecological Thought: A Manifesto*. 10. Januar. <https://atmos.earth/black-feminist-ecological-thought-essay/>.
- Gunda-Werner-Institut, Care, International Rescue Committee, IFFF, Plan International, Greenpeace, Women for Women International, The Canaan Project, Deutscher Frauenring e.V., OWEN, et al. (2023): *Die Leitlinien zur Feministischen Außenpolitik des Auswärtigen Amtes. Ein Statement aus feministischer Perspektive*. <https://gwi-boell.de/de/2023/06/28/die-leitlinien-zur-feministischen-aussenpolitik-des-auswaertigen-amts> (Zugriff: 15. August 2023).
- Hirt, Nicole (2017): *Die Afrika-Strategie der EU: Abschottung statt Fluchtursachenbekämpfung*. GIGA Focus Afrika. Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. [www.giga-hamburg.de/de/publikation/afrika-strategie-eu-abschottung-fluchtursachenbekaempfung](http://www.giga-hamburg.de/de/publikation/afrika-strategie-eu-abschottung-fluchtursachenbekaempfung) (Zugriff: 11. Dezember 2023).
- Kalt, Tobias und Johanna Tunn (2022): Shipping the sunshine? A critical research agenda on the global hydrogen transition. *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society* 31, Nr. 2 (15. Juli): 72–76.
- Keenan, Sarah (2020): Expanding Terra Nullius. *The Contemporary Pacific* 32, Nr. 2: 449–460.
- Löw, Christine (2023): *Über Feministische Entwicklungspolitik hinaus: Postkolonial-Feministische Kritiken*. Ausgearbeiteter Vortrag zur Online-Veranstaltung „Feministische Friedens- und Entwicklungspolitik“ mit: Svenja Schulze MdB, Prof. Christine Löw, Dr. Gisela Burckhardt am 24.11.2022. Feministische Gesprächsreihe der Friederich Ebert Stiftung Landesbüro NRW. <https://www.fes.de/public/FES/Newsletter->

- Bilder\_Landesbuero\_NRW/02\_Bilder\_Newsletter/Seminare\_Jeanette/EF\_Loew\_\_UEber\_Feminist\_Entwicklungspolitik\_hinaus\_FES\_\_23-4-23.pdf.
- Mohanty, Chandra Talpade (1988): Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse. *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 11, Nr. 23: 149–162.
- Mohanty, Chandra Talpade (2003): *Feminism without borders: decolonizing theory, practicing solidarity*. Durham ; London: Duke University Press.
- Mohanty, Chandra Talpade (2013): Transnational Feminist Crossings: On Neoliberalism and Radical Critique. *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 38, Nr. 4 (Juni): 967–991.
- Müller, Franziska, Johanna Tunn und Tobias Kalt (2022): Hydrogen justice. *Environmental Research Letters* 17, Nr. 11 (1. November): 115006.
- Runyan, Anne Sisson und V. Spike Peterson (2014): *Global gender issues in the new millennium*. Fourth edition. Dilemmas in world politics. Boulder, CO: Westview Press.
- Ruppert, Uta (2022): Ein bisschen Feminismus im Krieg?: Über das Paradoxe feministischer Außenpolitik. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 52, Nr. 208 (5. September): 499–507.
- Sauer, Birgit (2023): *Feministische Außenpolitik – Signum einer neoliberal-disziplinierenden Zeitenwende?* <https://geschichtedergegenwart.ch/feministische-aussenpolitik-signum-einer-neoliberal-disziplinierenden-zeitenwende/> (Zugriff: 14. September 2023).
- Sempértegui, Andrea (2021): Indigenous Women’s Activism, Ecofeminism, and Extractivism: Partial Connections in the Ecuadorian Amazon. *Politics & Gender* 17, Nr. 1 (März): 197–224.
- Spivak, Gayatri C. (1988): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation, Wien. (Engl. Original: Spivak, Gayatri C. (1988): Can the Subaltern Speak? In: Cary Nelson/Larry Grossberg. (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. Urbana/IL: University of Illinois Press: 66–111.
- Spivak, Gayatri C. (2014): *Kritik der postkolonialen Vernunft: Hin zu einer Geschichte der verrinnenden Gegenwart*. Übersetzt von Nadine Böhm-Schnitker und Doris Feldmann. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- SRU [Sachverständigenrat für Umweltfragen] (2021): *Wasserstoff im Klimaschutz: Klasse statt Masse*. Stellungnahme. Berlin.
- Sultana, Farhana (2022): The unbearable heaviness of climate coloniality. *Political Geography* 99 (November): 102638.
- Svampa, Maristella (2020a): *Epochenwechsel in Lateinamerika: progressive Regierungen, Extraktivismus und soziale Bewegungen*. Hg. v. María Cárdenas. Münster: Unrast.
- Svampa, Maristella (2020b): *Die Grenzen der Rohstoffausbeutung: Umweltkonflikte und ökoterritoriale Wende in Lateinamerika*. Bielefeld: Transcript / Bielefeld University Press.
- Temper, Leah, Sofia Avila, Daniela Del Bene, Jennifer Gobby, Nicolas Kosoy, Philippe Le Billon, Joan Martinez-Alier, Patricia Perkins, Brototi Roy, Arnim Scheidel, et al. (2020): Movements shaping climate futures: A systematic mapping of protests against fossil fuel and low-carbon energy projects. *Environmental Research Letters* 15, Nr. 12 (1. Dezember): 123004.
- Thiele, Lasse, Johanna Tunn und Tobias Kalt (2022): *Wasserstoff und Klimagerechtigkeit*. Leipzig: Konzeptwerk Neue Ökonomie. [https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2022/08/Wasserstoff\\_und\\_Klimagerechtigkeit\\_2022.pdf](https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/wp-content/uploads/2022/08/Wasserstoff_und_Klimagerechtigkeit_2022.pdf) (Zugriff: 30. Januar 2024).
- Thompson, Lyric, Spogmay Ahmed und Tanya Khokhar (2021): *Defining Feminist Foreign Policy: A 2021 Update*. International Center for Research on Women. <https://www.icrw.org/wp-content/uploads/2021/09/Defining-Feminist-Foreign-Policy-2021-Update.pdf> (Zugriff: 14. September 2023).
- Thomson, Jennifer (2020): What’s Feminist about Feminist Foreign Policy? Sweden’s and Canada’s Foreign Policy Agendas. *International Studies Perspectives* 21, Nr. 4 (27. Oktober): 424–437.
- Weber, Gabriel und Ignazio Cabras (2021): Environmental Justice and Just Transition in the EU’s Sustainability Policies in Third Countries: The Case of Colombia. *The International Spectator* 56, Nr. 3 (3. Juli): 119–137.
- WoMin (2020): *Women, Gender and Extractivism: A Collection of Papers*. Johannesburg: WoMin African Alliance. <https://womin.africa/wp-content/uploads/2020/09/Full-collection-Women-gender-and-extractivism-in-Africa.pdf> (Zugriff: 30. November 2023).

Wynter, Sylvia (2003): Unsettling the Coloniality of Being/Power/Truth/Freedom: Towards the Human, After Man, Its Overrepresentation-An Argument. *CR: The New Centennial Review* 3, Nr. 3: 257–337.

### Zu den Autorinnen:

Dr. Andrea Amri-Henkel arbeitet als Nachhaltigkeitswissenschaftlerin am Institut für Zukunftsenergie- und Stoffstromsysteme IZES gGmbH in Saarbrücken zu Themen der Energie- und Mobilitätswende.

Dr. Tina Beuchelt ist Senior Researcher am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF), Universität Bonn, und arbeitet zu Geschlechterverhältnissen und Menschenrechten im Bereich Landmanagement, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit im Globalen Süden.

Annika Bode (M.A.) arbeitet am Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungsstrukturen an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zu intersektionaler Gerechtigkeit in der Energiewende.

Dr. Janina Dannenberg arbeitet an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg zu Geschlechterverhältnissen in der Energiewende.

Dr. Katharina Kapitza leitet das Wissenschaftliche Referat „Strategien und Konzepte räumlicher Transformation“ in der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover und arbeitet zu Geschlechterverhältnissen, Raum und Transformation.

Dr. Christine Löw hat zurzeit die Vertretungsprofessur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Gender Studies am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen inne und arbeitet zu post-/dekolonial-feministischen Perspektiven auf Klima-, Umwelt- und Entwicklungspolitik; sozial-ökologische Bewegungen im globalen Süden und gesellschaftliche Transformationen; Globale Politische Ökonomie und Kämpfe indigener Frauen gegen Enteignung und Extraktivismus sowie kritische Gesellschaftstheorie.

Nina Wüstemann (M.A.) ist Politikwissenschaftlerin und promoviert zur feministischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie ist als Referentin für Gleichstellung an der Universität Hildesheim beschäftigt. **Kontakt:**

[sprecherinnen-genaut@riseup.net](mailto:sprecherinnen-genaut@riseup.net)

Wir danken den Kommentatorinnen aus der AG GENAU\*T für ihr konstruktives Feedback und ihre kritischen Anmerkungen, sowie Anna Hausschild für einen initialen Workshop zum Thema